



# Ein zweischneidiges Schwert

Hans-Jürgen Irmer: „Moral in der Politik kann leicht zum Bumerang werden“

**N**ach bisherigen Informationen legten Bewohner des Flüchtlingslagers Moria auf der Insel Lesbos zusammen mit Vertretern von NGOs das Feuer selbst, um eine Evakuierung auf das europäische Festland zu erzwingen. Die griechische Staatsanwaltschaft hat gegen sechs Männer afghanischer Abstammung Anklage wegen Brandstiftung erhoben. Zudem bittet Griechenland seine europäischen Partner, darunter auch Deutschland, ausdrücklich darum, keine Menschen aus Moria aufzunehmen, um keinen Anreiz für weitere Sabotageakte in anderen Flüchtlingslagern zu geben. Dennoch hat sich die Bundesregierung darauf geeinigt, weitere etwa 2.750 Personen nach Deutschland zu holen.

? Sie haben sich öffentlich gegen die Aufnahme weiterer Migranten aus dem griechischen Flüchtlingslager ausgesprochen und ähnlich wie die griechische Regierung argumentiert. Was war der Grund, dass Ihre Haltung innerhalb der Bundestagsfraktion von CDU und CSU keine Mehrheit fand?

**Hans-Jürgen Imer:** Zunächst einmal: Die Fraktion hat sich gegen die Aufnahme aller Migranten und Flüchtlinge aus dem abgebrannten Lager in Moria gestellt – und damit gegen die politisch linken Parteien, die das gerne reflexartig immer wieder fordern. Das haben wir auch deutlich so gesagt und das kann man überall nachlesen. Was wir gemacht haben, ist die Aufnahme von 100 bis 150 Minderjährigen von insgesamt 400, die auf elf europäische Staaten verteilt werden. Das ist es dann aber auch und das kann ich auch gut vertreten. Hilfe vor Ort über THW zu leisten und zumindest ein realistisches Vorgehen unter Humanitätsaspekten schließen sich nicht aus. Wir lassen uns nicht durch Bilder und selbst angezündete Flüchtlingslager erpressen. Diese Botschaft ist auch vor Ort und in Griechenland angekommen. Und an unsere Politiker von den linken Parteien, die gerne davon reden, dass wir Deutschen die moralische Pflicht hätten, möglichst viele Flüchtlinge und Migranten aufzunehmen, sage ich: Moral in der Politik ist immer ein zweischneidiges Schwert und kann leicht zum Bumerang werden. Und wir haben mehr Menschen aufgenommen, als alle

anderen europäischen Länder. Wir werden die Welt im Alleingang nicht retten – das sind linke Utopien.

? Die Bundesrepublik hat allein in Deutschland in den letzten Jahren jeweils zwischen 20 und 23 Milliarden Euro pro Jahr für flüchtlingsbezogene Ausgaben aufgewendet. Zudem erhält Griechenland zusätzlich Unterstützung durch die Bundesrepublik, sowohl logistisch, personell als auch finanziell. Wundert es daher, dass die meisten in griechischen Flüchtlingslagern lebenden Migranten den Weg nach Deutschland suchen?

**Hans-Jürgen Imer:** Deutschland ist ein tolles und lebenswertes Land. Unser Sozialsystem ist beispiellos auf der Welt. Menschlich kann ich daher nachvollziehen, dass wir attraktiv sind und viele zu uns kommen wollen. Eine Aufnahme von immer mehr Menschen können und wollen wir uns aber auf Dauer nicht leisten. Insofern müssen wir überlegen, ob vor diesem Hintergrund das bestehende System dauerhaft funktionieren kann. Vorschläge, dass Flüchtlinge und Migranten Sozialleistungen in Europa nur noch in den Ländern beziehen dürfen, die für sie nach einem gemeinsam vereinbarten System zuständig sind, gehen in die richtige Richtung. Sie müssen aber auch vor dem Hintergrund der Sekundärmigration rechtlich und praktisch funktionieren. Das ist nicht einfach, wie die letzten Jahre zeigen. Genauso finde ich es rich-

tig, beispielsweise mit der Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes 2015 stark auf Sachleistungen zu setzen, um Geldanreize zu minimieren. Auch das habe ich aus Überzeugung mitgetragen, gerade weil es eine Korrelation gibt zwischen der Höhe der Sozialleistungen und der Anzahl der Asylbewerber. Das haben Untersuchungen anhand der Praxis in einem skandinavischen Land gezeigt. Darüber hinaus haben wir in den letzten Jahren das stringenteste Asylrecht verabschiedet, das Deutschland je hatte. Doch wir dürfen uns auch nichts vormachen: Alle Lösungen sind komplex, rechtlich sehr schwierig und in der Praxis nicht einfach. Wenn ich mir die anderen Parteien anhöre – ob im Bundestag oder in Europa –, bin ich auch skeptisch, ob uns eine konsensuale Lösung gelingen wird. Ein Anfang wäre gemacht, wenn alle trennscharf zwischen Asyl, Flüchtlingsstatus, Arbeitsmigration und Schengen unterscheiden würden. Da läuft manches in der Debatte nicht sauber und ist auch argumentativ zu schlicht.

? Sogar Friedrich Merz, der als potenzieller CDU-Vorsitzender vom Berliner Kreis unterstützt wird, begrüßt die vom Bund zugesagte Aufnahme der Flüchtlinge von den griechischen Inseln. Und der potenzielle Kanzlerkandidat der Unionspartei Söder verweist auf die christliche Menschenpflicht, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht. Politische Beobachter bewerten dies als einen Wink mit dem Zaunpfahl an

„Vorschläge, dass Flüchtlinge und Migranten Sozialleistungen in Europa nur noch in den Ländern beziehen dürfen, die für sie nach einem gemeinsam vereinbarten System zuständig sind, gehen in die richtige Richtung.“

die Bündnisgrünen, die auch als Koalitionspartner der Union gehandelt und präferiert werden. Sehen Sie dies auch so?

**Hans-Jürgen Irmer:** Ob und mit welchen Parteien wir nach der nächsten Bundestagswahl koalieren werden, wird sich erst nach der Wahl zeigen. Ich persönlich sehe die Grünen sehr skeptisch. Ich verhehle nicht, dass meine Bedenken gegen die Grünen grundsätzlicher Natur sind. Deren Vertreter des vernünftigen, realistischen Flügels wie Boris Palmer scheinen in der eigenen Partei nicht sonderlich beliebt zu sein. Auf Bundesebene sind einige sehr ideologisch-naive Akteure unterwegs, gerade in der Flüchtlingspolitik.

? Läuft der Alleingang der Bundesregierung nicht dem Ringen um eine gemeinsame EU-Asylpolitik völlig zuwider? Bisher war doch die gültige Position der Bundesregierung die, dass nationale Alleingänge in der Migrationspolitik ausgeschlossen sein sollen.

**Hans-Jürgen Irmer:** Der klare Standpunkt der Unionsfraktion ist: Keine nationalen Alleingänge in der Flüchtlingspolitik. Das sagen wir laut und deutlich, zuletzt in der Plenardebatte über Moria. Was manche Städte und Bundesländer machen – einen nationalen Alleingang bei der Aufnahme von Migranten zu fordern – ist geradezu absurd und unverantwortlich. Das würde weitere Brände wie in Moria nur provozieren. Und wenn in Europa der Eindruck entsteht, dass Deutschland bereit ist, im Krisenfall auch allein zu handeln, dann wird es niemals eine gemeinsame europäische Lösung geben. Soviel zum Verantwortungsbewusstsein und Rollenverständnis mancher Kommunalpolitiker.

? Die harten wirtschaftlichen Konsequenzen des ersten Lockdowns sind noch nicht überwunden, dennoch wird bereits ein neuer Lockdown angedroht. Zumindest deuten Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten

Markus Söder in diese Richtung. Wäre es nicht Pflicht des Deutschen Bundestages, immer wieder zu prüfen, ob eine Ausnahmesituation von nationaler Tragweite noch immer vorliegt?

**Hans-Jürgen Irmer:** Zunächst einmal muss man die rechtliche und politische Dimension unterscheiden. Das Gros der Verfassungsrechtler sagt klar, dass die Maßnahmen der Länder im Einklang mit der Verfassung stehen, wenn auch die Grundrechtseingriffe immer wieder überprüft werden müssen, ob sie noch verhältnismäßig sind. Friedrich Merz hat zu recht festgestellt, dass es die Zeit der Exekutive ist. Und: Im föderalen Deutschland sind die Länder für das Meiste in diesem Zusammenhang zuständig. Wenn sich die Länder gemeinsam mit der Bundeskanzlerin beraten, ist das in Ordnung. Entscheidend ist nur, wer auf rechtlicher Basis später was beschließt und umsetzt. Man braucht Formate, die derartige Diskussionen und Verabredungen ergebnisorientiert zulassen – zumal eh nicht alle Länder es gleich umsetzen. Ich störe mich vielmehr an der politischen Dimension der Frage. Bei derartig großen Eingriffen in unseren Alltag sollte jedes Landesparlament eine Grundsatzdebatte darüber führen, wie der Weg zur Bewältigung der Krise aussehen soll. Das erhöht auch die Legitimität der Beschlüsse und Einschränkungen. Hier ist noch viel Luft nach oben. Im Bundestag haben wir Ende März debattiert und förmlich festgestellt, dass wir uns in einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite befinden. Dass wir das debattiert haben: Richtig so! Mitte Juni haben wir dann darüber debattiert, ob wir das immer noch so sehen und die Mehrheit hat das bestätigt. In einer Demokratie sollten auch Mehrheitsentscheidungen akzeptiert werden. Alles andere wäre anmaßend. Und zu guter Letzt lassen Sie mich noch eines dazu sagen: Mir fehlte die mediale Aufmerksamkeit für diese Debatten, um der Gesellschaft die

verschiedenen Standpunkte besser deutlich zu machen. Doch das liegt nicht in meiner Hand.

? Im Mittelstand wächst die Befürchtung, dass die Corona-Krise den Linksparteien die Gelegenheit bieten wird, die Wirtschaft an die Kandare zu nehmen. Stichwort: Enteignung von Wohnungsbaunternehmen und das hierzu initiierte Volksbegehren. In Ihrer Partei wird inzwischen der Trend zum mehr Staatswirtschaft äußerst kritisch gesehen. So sagte jüngst der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, der Stuttgarter Zeitung, er sehe „die große Gefahr, dass wir in eine Staatswirtschaft abdriften.“ Werden Sie und der Berliner Kreis Carsten Linnemann unterstützen?

**Hans-Jürgen Irmer:** Enteignungsfantasien der Linken – rechtsidentisch mit der SED – sind ja nicht neu. Geschockt bin ich nur, dass in Berlin Grüne und SPD diesen in meinen Augen Rechtsbruch mitmachen. Die Folge ist dochein fehlender Wohnungsbau und ein Aussetzen von Investitionen in den Erhalt oder die Renovierung der Bausubstanz. Davon hat weder der Eigentümer noch der Mieter etwas. Am Ende sehen Straßenzüge wieder so heruntergekommen aus wie in der DDR. Wenn das das Ziel dieser genannten Parteien ist – von mir aus. Aber die Unionsfraktion und auch ich werden alles daran setzen, dass diese weltfremde Politik nicht auf Bundesebene mehrheitsfähig wird. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer und sollte auch nicht in die Rolle gedrängt werden, nur weil Parteideologen das unbedingt wollen.

? Auch im kommenden Jahr soll die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ausgesetzt werden, um die Corona-Krise wirksam zu bekämpfen. Im Bundeshaushalt 2021 sollen rund 96 Milliarden Euro neue Schulden festgeschrieben werden. Eine schwere Hypothek, die der kommenden Generation aufgebürdet wird. Oder wird man den bequemeren Weg über Steuer-

erhöhungen gehen, die dann wiederum vorwiegend den Mittelstand belasten?

**Hans-Jürgen Irmer:** Jede Industrienation hat in Krisenzeiten ein Haushaltsproblem. Corona ist da keine Ausnahme. Und Sie haben Recht, dass die Lasten der Krise uns noch lange beschäftigen werden. Steuererhöhungen sehe ich immer skeptisch. Nicht nur, weil unsere Steuern und Abgaben schon vergleichsweise hoch sind, sondern auch, weil man damit auch Wirtschaftswachstum abwürgen kann. Ich würde mir wünschen, dass wir uns beizeiten mal ehrlich machen und uns fragen, ob wir uns alle staatlichen Programme und „Segnungen“ noch leisten können, die wir zurzeit finanzieren. Das wird auch wehtun, aber wäre in meinen Augen der nachhaltigere und ehrlichere Weg.

? Die Polizisten, die bei der Anti-Corona-Demonstration den De-

monstranten den Zugang zum Reichstag verwehrt haben, wurden im Deutschen Bundestag explizit für ihr Verhalten durch Bundestagspräsident Schäuble gelobt und mit stehenden Ovationen bedacht. Nur die AfD blieb sitzen mit der Begründung, dass Schäuble vergessen habe, auch den Polizisten für den Einsatz zu danken, die in Leipzig mit Steinen beworfen und durch linke Demonstranten verletzt wurden. Folgen Sie dieser Argumentation?

**Hans-Jürgen Irmer:** Erstens: Ich habe tiefen Respekt vor jedem Polizisten, der sich Links- oder Rechtsextremisten, Reichsbürgern, Hooligans oder Islamisten entgegenstellt. Sie riskieren dabei für unser Land ihre Gesundheit. Allein das unterscheidet sie schon von manchen Sonntagsrednern, die sich immer gerne aufspielen. Das sollte sich jeder Kolumnist und Politiker einmal bewusst machen. Zweitens: Im Plenum nicht

Zum Zeitpunkt des Interviews war Berlin-Mitte zum Corona-Risikogebiet eingestuft. Daher wurde das Interview fernmündlich geführt. Mit Hans-Jürgen Irmer sprach Joachim Schäfer

aufzustehen, als diese drei Polizisten geehrt wurden, als sie das Symbol unserer parlamentarischen Demokratie schlechthin geschützt haben, wäre mir nie in den Sinn gekommen. Im Gegenteil, ich habe mich innerlich tief vor ihnen verneigt. Das Verhalten der AfD zeigt nur ihren Geist, dass es eben keine Politiker sind, die unser Land und unsere freiheitliche Demokratie lieben, sondern nur billig Krawall machen wollen. Können Sie sich vorstellen, was die AfD gesagt hätte, wenn Polizisten geehrt werden, die sich gegen den linken schwarzen Block gestellt hätten und die Linken sitzengelassen wären? Vergleichbares ist bereits passiert. Das zeigt, wie wenig bürgerlich und verblendet AfD wie Linke sind. Sie wollen selbst derartige Selbstverständlichkeiten wie die Respektbekundung vor diesen Polizisten politisch instrumentalisieren. Das ist schade und das haben unsere Polizisten nicht verdient. ■

## Zur Person

Mit einigen zeitlichen Unterbrechungen war Hans-Jürgen Irmer von 1990 bis zu seinem Einzug als CDU-Abgeordneter in den Deutschen Bundestag Mitglied des Hessischen Landtags. Innerhalb der Landtagsfraktion fungierte Irmer unter anderem als schulpolitischer Sprecher und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Beide Ämter legte er im September 2012 nieder, weil er – wie er sagte – „die Entscheidungen zur möglichen Einführung des islamischen Religionsunterrichts inhaltlich für die Fraktion nicht vertreten kann“.

Dass Hans-Jürgen Irmer durchaus bereit und in der Lage ist, eine scharfe Klinge zu fechten, ist in der Monatszeitung Wetzlar Kurier, dessen Herausgeber Irmer ist, nachzulesen. In einem Kommentar forderte Irmer, straffällige und gewaltbereite Asylbewerber gefesselt in ihr Herkunftsland abzuschieben. Im Januar 2010 hielt der Hessische Landtag eine aktuelle

Stunde ab. Auslöser war ein Artikel Irmers im Wetzlar Kurier, in dem er die erfolgreiche Volksabstimmung in der Schweiz über ein Bauverbot von Minaretten begrüßt hatte. Auch ein weiterer Meinungsbeitrag zum Thema „Islamischer Terror und Christenverfolgung“ lösten den Protest von SPD, Linkspartei und Grünen aus, die unisono verlangten, dass sich die CDU von Irmer distanzieren beziehungsweise trennen müsse.

Irmer, der sich selbst als „einen Konservativen, der sein Vaterland liebt“ bezeichnet, war wegen seiner politischen Ansichten, die oft nicht denen des Mainstreams entsprachen, verbalen Anfeindungen der Linksparteien ausgesetzt. Allerdings standen sowohl der damalige Ministerpräsident Roland Koch als auch der Fraktionsvorsitzende Christean Wagner an Irmers Seite und wiesen die Vorwürfe als „haltlos“ zurück.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ist Hans-Jürgen Irmer ordentliches Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat. Außerdem ist er stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie im Verteidigungsausschuss.

Im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung kann Hans-Jürgen Irmer auf die Kenntnisse, die er im Studium erlangte, sowie auf seine berufliche Tätigkeit als Oberstudienrat zurückgreifen und so seine praktischen Erfahrungen in die Ausschussarbeit einbringen.

Auch als Abgeordneter des Deutschen Bundestages ist der Wetzlarer CDU-Politiker seiner konservativen Grundeinstellung treu geblieben. So hat er sich inzwischen dem sogenannten Berliner Kreis angeschlossen, der einst von Wolfgang Bosbach gegründet wurde und heute von der Abgeordneten Sylvia Pantel weitergeführt und geleitet wird. ■